



## Nationale Strategie für Deutschland zur Umsetzung des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008

### I. Nationaler Kontext: Herausforderungen

Bereits seit vielen Jahren fördert die Europäische Union in zahlreichen Programmen und Initiativen den interkulturellen Dialog. Dieser ist somit zu einem festen Bestandteil der Gemeinschaftsmaßnahmen geworden. Auf Vorschlag der Kommission haben der Rat und das Europäische Parlament am 18. Dezember 2006 beschlossen, das Jahr 2008 zum Jahr des interkulturellen Dialogs zu erklären.

Das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs richtet sich primär an die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zwischen denen der interkulturelle Austausch gefördert werden soll. Es verfolgt das Ziel, den europäischen Bürger und allen, die in der Europäischen Union leben deutlich zu machen, wie wichtig es ist, eine aktive und weltoffene Unionsbürgerschaft zu entwickeln, welche die kulturelle Vielfalt respektiert und gleichzeitig auf gemeinsamen Werten gründet. Letzteres zu erreichen stellt eine Herausforderung für alle am Dialog Beteiligten dar. Das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs will daher allen in der Europäischen Union lebenden Menschen Möglichkeiten aufzeigen, sich die Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, um die zunehmend offene und komplexe Umgebung meistern zu können.

Durch das Jahr des interkulturellen Dialogs sollen die Gemeinschaftsprogramme ergänzt und die Bürger der EU, ganz besonders die jungen Menschen, für den interkulturellen Dialog sensibilisiert werden. Im Europäischen Jahr sollen Aktionen gefördert werden, die auf Grundlage dieser EU-Prioritäten initiiert werden. Dabei wird eine große Bandbreite von Projekten und Veranstaltungen mit Bezug zu Kultur, Bildung, Sport, Migration, Religion und Minderheiten unter enger Beteiligung der Medien umfasst.

Im Kontext dieses europäischen Handlungsrahmens zielt die nationale Strategie für Deutschland zur Umsetzung des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 darauf, eine Antwort auf nationale Herausforderungen zu geben. Deutschland liegt im Zentrum der Europäischen Union. Kein anderes Land hat so viele Grenzen zu anderen

Staaten. Freizügigkeit und Mobilität, Migration und Globalisierung bewirken Wandlungsprozesse in den Bevölkerungen der Union. Gute Nachbarschaft, die den Austausch und Dialog pflegt und die Vielfalt der Kulturen als Chance und Bereicherung begreift, ist Voraussetzung für ein friedliches Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union sowie mit allen Menschen aus Drittstaaten, die in der EU leben. Integration erfordert die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten. Die volle gesellschaftliche Teilhabe ist auch unter Zuwandererfamilien aus den europäischen Staaten nicht immer gegeben. Deshalb ist Integration auch eine europäische Schlüsselaufgabe.

Die existierende und sich verstärkende Vielfalt unterschiedlicher Kulturen, Sprachen, Ethnien und Religionen stellt zugleich hohe Anforderungen an die Bereitschaft aller, im interkulturellen Dialog kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu reflektieren.<sup>1</sup> Die Chancen der kulturellen Vielfalt nutzen zu können, setzt neben Wissen vor allem die Fähigkeit voraus, konstruktiv mit kulturellen Gemeinsamkeiten und Unterschieden umzugehen. Die hierzu notwendigen Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten entstehen jedoch nicht von alleine, sondern müssen in Prozessen interkultureller Verständigung erworben werden.

---

<sup>1</sup> In Deutschland leben gegenwärtig etwa 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus rund 200 Staaten. Diese machen rund 19 % der Gesamtbevölkerung aus, wobei 9 % Ausländer sind (rd. 7,3 Millionen) und 10 % deutsche Staatsbürger. Bei den unter 25-Jährigen beträgt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund mehr als ein Viertel. Jedes dritte Kind im Alter von null bis sechs Jahren hat einen Migrationshintergrund. Rund 10,4 Millionen Menschen haben eigene Migrationserfahrung, darunter 5,5 Mio. Ausländer, 3,1 Mio. Eingebürgerte und 1,8 Mio. Personen, die bei der Zuwanderung die deutsche Staatsangehörigkeit ohne Einbürgerung erhalten haben. Hinzu kommen jene etwa 4,9 Mio. Menschen, deren Eltern oder ein Elternteil als Ausländer oder Spätaussiedler zugewandert sind / ist.

Am 31.12.2005 stellten Staatsangehörige aus der Türkei mit rund 26% die größte ausländische Personengruppe dar. Die zweitgrößte Nationalitätengruppe bilden italienische Staatsangehörige (8%), gefolgt von Personen aus Serbien und Montenegro (7,3%).

Neben ca. 70.000 Sinti und Roma mit deutscher Staatsbürgerschaft, die als alteingesessene nationale Minderheit anerkannt sind, leben in Deutschland mehrere zehntausend Roma aus Süd- und Südosteuropa, die vor allem als Bürgerkriegsflüchtlinge in den letzten zwei Jahrzehnten hier eingereist sind.

Neben der katholischen und evangelischen Kirche, den beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften, bilden die Muslime mit mehr als 3 Millionen die größte Gruppe der zugewanderten Religionsgemeinschaften; auch Angehörige orthodoxer Kirchen sowie Buddhisten oder Hindus sind mehrheitlich zugewandert. Weiterhin sind über 100 000 Jüdinnen und Juden Mitglied der jüdischen Gemeinde in Deutschland.

Auf dem Weg dorthin stellen das Gespräch, die Begegnung und der konstruktive Austausch zwischen den Kulturen, Offenheit und die Bereitschaft zur Veränderung auf beiden Seiten, ein lebendiges Bewusstsein der eigenen kulturellen Identität wie auch das Wissen über die Kultur der Anderen unverzichtbare Voraussetzungen dar. Grundlage des Dialogs ist neben unseren Wertvorstellungen und unserem kulturellen Selbstverständnis unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung, wie sie sich aus der deutschen und europäischen Geschichte entwickelt und im Grundgesetz ihre verfassungsrechtliche Ausprägung findet.

Die Bundesregierung hat auf dieser Grundlage in einem interkulturellen Dialog mit Vertretungen aller staatlicher Ebenen, der Bürgergesellschaft (Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen etc.), Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen sowie von Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen den Nationalen Integrationsplan entwickelt. Dieser ist daher von hoher Signalwirkung auch für den interkulturellen Dialog in Deutschland.

Integration und der interkulturelle Dialog erfordern Anstrengungen von allen, von Zuwanderern und Einheimischen, von Staat und Gesellschaft. Die Förderung des interkulturellen Dialogs und der Integration von staatlicher Seite und die Förderung nach Offenheit und der Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme auf Seiten der Zuwandererfamilien ergänzen sich.

Um die Schaffung der oben genannten Voraussetzungen zu fördern, hat sich in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 30 Jahren ein breites Spektrum von Angeboten und Maßnahmen für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen entwickelt. Neben den institutionellen, öffentlich organisierten interkulturellen Angeboten besteht ein breites, und facettenreiches Spektrum von alltäglich stattfindenden, lebensweltlichen Formen des interkulturellen Dialogs. In vielen täglichen Begegnungen vollzieht sich interkulturelles Leben und Lernen in Deutschland selbstverständlich und problemlos.

So seien exemplarisch für das Jugendalter neben den auch von Seiten der Bundesregierung geförderten Institutionen, wie z.B. dem deutsch-französischen oder dem deutsch-polnischen Jugendwerk, die mittlerweile an vielen Schulen geförderte langjährige Tradition des Schüler- und Schülerinnenaustausches und der Auslandsaufenthalte von Jugendgruppen im Rahmen außerschulischer Freizeitangebote sowie die Arbeit an gemeinsamen Projekten erwähnt. Im Rahmen der vielfältigen Angebote der außerschulischen Jugendarbeit werden darüber hinaus handlungsorientierte Maßnahmen

---

wie interkulturelle und antirassistische Trainings sowie Diversity-Trainings zunehmend durch begegnungsorientierte Angebote und Austauschmöglichkeiten ergänzt. Auf Vereins- und Verbandsebene im Jugendbereich geht die Diskussion über die Thematisierung individueller Veränderungen hinaus und zielt auf eine Integration von Vereinen jugendlicher Migranten und Migrantinnen in die Jugendverbandsstrukturen sowie die Öffnung des etablierten Vereins- und Verbandswesens für die aktive Teilnahme von Migrantinnen und Migranten..

Vor dem Hintergrund zunehmender rechtsextremer Orientierungen vor allem unter männlichen, von sozialem Abstieg bedrohten deutschen Jugendlichen rückte die Bundesregierung den Aspekt interkulturellen Lernens in den Mittelpunkt ihrer Programme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus – wie z.B. im Programm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, in dessen Rahmen ein eigener Schwerpunkt dem Thema interkulturelles Lernen gewidmet wurde.

Im Erwachsenenbereich haben sich vor allem die Anbieter von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in den letzten 15 Jahren bemüht, die Angebote interkultureller Dialoge erheblich auszubauen. Zu einem nicht unerheblichen Teil sollte damit der Erwerb interkultureller Kompetenz gefördert werden, um die Chancen der deutschen Wirtschaft auf dem globalisierten Markt zu fördern. Viele Unternehmen reagieren bereits mit eigenen Diversity-Programmen auf diese Herausforderungen, die darauf abzielen, die interkulturelle Vielfalt in der Einstellungs- und Personalpolitik zu berücksichtigen.

Viele Personen mit Migrationshintergrund schneiden schlechter ab in Bildung und Ausbildung und sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Menschen deutscher Herkunft. Dies ist nach dem Maßstab von Inklusion und der Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe nicht hinnehmbar. Zudem darf Deutschland angesichts des demografischen Wandels und dem Wettbewerb um die besten Talente in Europa nicht darauf verzichten, auch Zuwanderergruppen adäquat in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Bundesregierung hat deshalb Maßnahmen gestartet, um die Arbeits- und Ausbildungsintegration von in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten zu fördern (s. Kapitel V).

Integration kann nur gelingen, wenn die in Deutschland Zugewanderten über die notwendigen Kenntnisse der Sprache, des Rechtssystems, der Geschichte und Kultur Deutschlands verfügen, um im Alltagsleben zu partizipieren. Der Bund hat zu diesem Zweck Sprach- und Orientierungskurse eingeführt, die zukünftig noch weiter ausgebaut werden sollen. Denn die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für

den Dialog. Die Bundesregierung und die Länder haben daher Maßnahmen ergriffen, mit der frühen Sprachförderung bereits im Vorschulalter zu beginnen.

Eine wichtige Rolle für den interkulturellen Dialog spielen die Medien. Sie prägen Bilder von Europa und von seinen Zuwanderern. Gleichzeitig sind sie Plattform für öffentliche Kommunikation. Die Initiativen der Bundesregierung und der Länder sowie der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und zahlreicher weiterer Medieneinrichtungen unterstützen die Partizipation von Migranten in den Medien, die Fortbildung von Medienschaffenden sowie Austauschprogramme und werden damit einen bedeutenden positiven Beitrag zum interkulturellen Dialog leisten.

In vielen Feldern der öffentlichen Verwaltung werden Kurse zur Ausbildung interkultureller Kompetenz durchgeführt, obwohl zugleich festgehalten werden muss, dass der Bedarf an dieser Stelle noch lange nicht befriedigt ist. Zahlreiche freiwillige Bildungsangebote, z.B. der Volkshochschulen und der Akademien für politische Bildung, zielen auf die Vermittlung von Wissen über und Verständnis von anderen Kulturen.

Auch die Kultureinrichtungen selbst tragen zur kulturellen Bildung bei. In ihren Einrichtungen und Programmen wird sich zunehmend die kulturelle Pluralität der Gesellschaft widerspiegeln.

Einen deutlichen Schwerpunkt solcher Angebote bildete, insbesondere als Folge der wachsenden Zahl und öffentlichen Präsenz muslimisch geprägter Zuwanderer, die Beschäftigung mit dem Islam. Der sich dadurch entwickelnde interreligiöse Verständigungsprozess ist ein bedeutender Bestandteil des interkulturellen Dialogs.

Allerdings darf der interkulturelle Dialog, so wichtig und unverzichtbar die Aufklärung und der Austausch über die religiösen Überzeugungen auch sind, nicht auf die religiöse Dimension verkürzt werden. Stattdessen soll ein breites Verständnis des interkulturellen Dialogs zugrunde gelegt werden, sodass religiöse Fragen ebenso wie kulturelle, gesellschafts- und bildungspolitische Fragen behandelt werden.

Interkulturelle Dialoge sollen so gestaltet werden, dass möglichst viele Menschen angesprochen werden. Aus Sicht der Bundesregierung soll das europäische Jahr des interkulturellen Dialogs insbesondere vorhandene, öffentlich bereits geförderte Institutionen und Strukturen dazu motivieren, in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben stärker als bisher Prinzipien und Verfahren interkultureller Dialoge im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Aufgaben zu berücksichtigen und nachhaltig zu implementieren.

## **II. Konsultation der Zivilgesellschaft und stakeholders**

Zur Umsetzung des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 wurde Anfang 2007 eine Abfrage unter den Bundesministerien unter Einbindung der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration und dem Bundeskanzleramt, in den Bundesländern, bei den kommunalen Spitzenverbänden und in der Zivilgesellschaft gestartet, in der auf die Ziele des Jahres und die Entscheidung Nr. 1983/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hingewiesen wurde.

Aus der Zivilgesellschaft wurden folgende Organisationen angeschrieben:

Alevitische Gemeinde in Deutschland e. V., Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V., Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Caritasverband, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk der EKD e. V., Evangelische Kirche in Deutschland, Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland, Forum gegen Rassismus, Institut für Interreligiöse Pädagogik und Didaktik, Interkultureller Rat in Deutschland, Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e. V., Kommissariat der deutschen Bischöfe, Komitee der Italiener im Ausland, Muslimische Akademie in Deutschland, Netz gegen Rassismus c/o ARIC-Berlin, Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger, Paritätischer Wohlfahrtsverband GV e. V., Stiftung Zentrum für Türkeistudien, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V., Verband der islamischen Kulturzentren e. V., Zentralrat der Juden in Deutschland, Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V., Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Die Akteure wurden gebeten, Ideen zur nationalen Umsetzung beizutragen. Aus den eingegangenen Vorschlägen wurden anhand der in Nr. 6 der beschränkten Ausschreibung genannten Zuschlagskriterien förderungswürdige Projekte ausgewählt. Die nationale Strategie mit den ausgewählten Projekten wurde wiederum im Ressortkreis, in den Bundesländern, den kommunalen Spitzenverbänden und in der Zivilgesellschaft zur Abstimmung gestellt. Diese weitgehend per E-Mail durchgeführten Konsultationen – eine Form, die sich bereits bei der Vorbereitung und Durchführung des Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle 2007 bewährt hat – werden auch bei der weiteren Umsetzung des Jahres in Deutschland fortgesetzt werden.

## **III. Nationale Prioritäten für das Jahr**

Eines der Hauptanliegen der Umsetzung des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 in Deutschland ist ein Dialog, der gekennzeichnet ist vom gegenseitigen Respekt vor der jeweils anderen Kultur. Menschen sollen vor Ort zu den verschiedenen Aspekten des interkulturellen Dialogs ins Gespräch kommen und durch den direkten Kontakt mit anderen Kulturkreisen positive Erfahrungen machen. Hierbei wird ein breites Verständnis des interkulturellen Dialogs zugrundegelegt, der religiöse, kulturelle, gesellschaftspolitische, soziale und religiöse Fragestellungen umfasst. Ebenso soll gewährleistet werden, dass der Dialog möglichst viele Menschen erreicht.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass alle Strategien zur Förderung des interkulturellen Dialogs nur erfolgreich sein können, wenn sie gleichzeitig von der Zivilgesellschaft akzeptiert, aufgenommen und getragen werden. Deswegen wurde für die Umsetzung dieses Jahres in Deutschland auch ein Ansatz gewählt, der dem durch eine größere Bandbreite sowohl der Projekte als auch der Projektträger gerecht wird.

Entsprechend dieser Zielsetzung wurden Projekte ausgewählt, die Akteure auf lokaler und regionaler Ebene mobilisieren. Dies geschieht sowohl durch Aktionen, die die Bürgerinnen und Bürger im gesamten Bundesgebiet erreichen, als auch durch Vorhaben auf regionaler und kommunaler Ebene, die aufgrund ihrer Konzeption bzw. Gestaltung Modellcharakter für andere Regionen, Kreise, Städte und Gemeinden haben können.

Außerdem wurde Wert darauf gelegt, vorhandene Strukturen zu nutzen, um bisher bestehende Aktionen weiterzuentwickeln und Projekte zu ermöglichen, für die es bisher keine Realisierungschancen gab.

Die Auftaktveranstaltung ist für den Monat Februar in Berlin unter Beteiligung eines Mitglieds der Leitung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgesehen. Neben einer öffentlichkeitswirksamen Eröffnung und Bekanntmachung der Ziele des Jahres wird diese Veranstaltung genutzt werden, zentrale Botschaften des Jahres zu kommunizieren. Der Teilnehmerkreis soll sich aus ca. 150 hochkarätigen Personen aus Kultur, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Arbeitgeberverbänden, Migrantorganisationen etc. zusammensetzen, die aus der Veranstaltung als Botschafter des Jahres hervorgehen und die dahinterstehenden Gedanken in ihrem Arbeitskontext verbreiten sollen.

Daneben werden die in der Anlage genannten acht Projekte der EU-Kommission zur Förderung vorgeschlagen, die gemäß den nachstehenden Kriterien ausgewählt wurden: Europäische Dimension (vgl. Nr. 6 der beschränkten Ausschreibung), Anzahl der mittelbar und unmittelbar betroffenen Personen einschließlich junger Menschen (vgl. Nr. 6 der beschränkten Ausschreibung), Bildung, Nachhaltigkeit, sektorübergreifender Ansatz und Innovation (vgl. Nr. 6 der beschränkten Ausschreibung), Übertragbarkeit auf andere Akteure, Möglichkeit der Nachahmung, Einpassen in die nationale Strategie und Schlüssigkeit des Antrags.

Die Themen der geförderten Projekte reichen vom interreligiösen Dialog, über Schulprojekte bis hin zur medienpädagogischen Begleitung von hochwertigen Filmen zum Thema interkultureller Dialog.

Weiterhin werden die bereits bestehenden Strukturen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das für dieses Jahr innerhalb der Bundesregierung zuständig ist, genutzt werden, um die Botschaften des Jahres in die Breite zu tragen (s. Anlage).

Ergänzend ergeben sich zahlreiche Verknüpfungen mit verschiedenen Programmen anderer Ressorts, die im Rahmen ihrer Veranstaltungen das Thema interkultureller Dialog aufgreifen werden (s. Anlage).

#### **IV. Bildung**

Alle ausgewählten Projekte beinhalten einen Bildungsaspekt.

Es werden Erwachsene im informellen Bildungsbereich ebenso erreicht wie Schülerinnen und Schüler, die für das Thema interkultureller Dialog sensibilisiert werden sollen.

Ein Projekt widmet sich uneingeschränkt der Bildungsarbeit, indem es mit den Universitäten, den wissenschaftlichen Institutionen, den Schulen und den sonstigen Bildungseinrichtungen des Bundeslandes zusammenarbeitet.

#### **V. Gute Beispiele**

Neben dem Nationalen Integrationsplan vom Juli 2007, in dem sich alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – sowie Vertreter der Bürgergesellschaft und der Wirtschaft sowie Migrantinnen und Migranten auf eine nachhaltige Integrationspolitik verständigten und der über 400 konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen aller Akteure beinhaltet, sollen beispielhaft die folgenden guten Beispiele genannt werden:



Im Herbst 2006 wurde die Deutsche Islamkonferenz durch den Bundesminister des Innern eröffnet, deren Ziel eine verbesserte religions- und gesellschaftspolitische Integration der muslimischen Bevölkerung in Deutschland ist. In den nächsten zwei bis drei Jahren werden die Teilnehmer der Konferenz in drei Arbeitsgruppen und einem Gesprächskreis konkrete Handlungsempfehlungen zu folgenden Themen erarbeiten: Deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens, Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis, Wirtschaft und Medien als Brücke sowie Sicherheit und Islamismus.

Seit 2003 fördert das Bundesministerium des Innern Projekte des Begegnungs- und Fortbildungszentrums muslimischer Frauen e. V. (BFmF). Das BFmF ist eine in Köln ansässige Selbsthilfeeinrichtung muslimischer Frauen. Der Verein bietet muslimischen Mädchen und Frauen ein umfangreiches Angebot sozialer und pädagogischer Dienstleistungen. Die Einrichtung ist Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und u. a. als Frauen- und Familienbildungswerk anerkannt. Die Bemühungen um Integration und Dialog fanden durch eine Reihe öffentlicher Auszeichnungen Anerkennung.

Ebenfalls im Jahr 2003 gründete sich der Koordinierungsrat der Vereinigung des christlich-islamischen Dialoges in Deutschland e. V. (KCID), dem derzeit 17 christlich-islamische Dialoginitiativen aus dem Bundesgebiet angehören. Seine Aufgaben sind u. a. die Vertretung der Interessen seiner Mitglieder auf Bundesebene und die Qualifizierung der überwiegend von ehrenamtlichem Engagement getragenen Dialogarbeit. Dazu führt er bundesweite und regionale Veranstaltungen sowie Fortbildungen durch, betreibt ein Webportal ([www.kcid.de](http://www.kcid.de)) und wirbt mit anderen Mitteln für seine Anliegen.

Die Interkulturelle Woche / Woche der ausländischen Mitbürger findet bereits seit 1975 jährlich Ende September bundesweit statt. Sie ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Die Initiative wird von den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Ausländerbeiräten, Ausländerbeauftragten und deutsch-ausländischen Initiativgruppen unterstützt und mitgetragen. Ziel ist es u. a. durch Begegnungen und Kontakte im persönlichen Bereich ein besseres gegenseitiges Verständnis zu entwickeln und zum Abbau von Vorurteilen beizutragen.

Unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin wurde im Dezember 2006 gemeinsam von in Deutschland tätigen Unternehmen und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration die Initiative „Diversity als Chance – Die Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland“ ins Leben gerufen. Mit der Unterzeichnung der

Charta verpflichten sich Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber dazu, die interkulturelle Vielfalt in ihrer Einstellungs- und Personalpolitik gezielt zu berücksichtigen und zu fördern, und so zu größerer Chancengleichheit am Arbeitsmarkt beizutragen. Die Charta wurde inzwischen bereits von fast 100 Unternehmen und öffentlichen Arbeitgebern unterzeichnet.

Vor dem Hintergrund dieser Initiative hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im August 2007 eine bundesweite Kampagne und Wettbewerbsreihe „Vielfalt als Chance“ gestartet, die auf die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsintegration von in Deutschland lebenden Migrantinnen / Migranten und insbesondere ihre stärkere Berücksichtigung in der betrieblichen und öffentlichen Einstellungs- und Personalpolitik zielt. Ein Schwerpunktziel der Kampagne ist die verbesserte Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Teilhabe ist eine Voraussetzung für Dialogfähigkeit. Mit dem Ziel, die Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung junger Migrantinnen und Migranten zu verbessern, wird die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration in Zusammenarbeit mit Stiftungen deshalb ein bundesweites Netzwerk „Bildungs- und Ausbildungspaten für Migrantinnen und Migranten“ ins Leben rufen. Das Vorhaben ist darauf gerichtet, lokale und regionale Pateninitiativen zu vernetzen bzw. zu initiieren und Infrastruktur und Serviceleistungen für das ehrenamtliche Engagement von Bildungspaten zu gewährleisten.

Integration erfordert ein Bildungssystem, das Chancen eröffnet und Potenziale entwickelt. Die Bundesregierung unterstützt gemeinsam mit zehn Bundesländern die Entwicklung einer Gesamtkonzeption sprachlicher Bildung durch das Programm FörMig und verfolgt mit ihrem Modellprogramm „Schulverweigerung – die 2. Chance“ das Ziel, Schulverweigererinnen und –verweigerer wieder in die Schule zu integrieren und ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu verbessern.

Um den Zugang junger Menschen mit Migrationshintergrund zu Ausbildung und Beruf zu verbessern, forciert der Bund insbesondere Maßnahmen, die die Zahl der Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche mit Migrationshintergrund erhöhen. Der Bund wird gemeinsam mit den Partnern des Ausbildungspaktes das Engagement zur beruflichen Integration von bildungs- und ausbildungswilligen jungen Menschen mit Migrationshintergrund intensivieren.

Im Rahmen des Programms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ bestehen vielfältige Konzepte und Aktivitäten im Bereich interkulturelles Lernen: Neben dem Thema sprachliche Integration von Migranten sind dies u. a. Interkulturelle Trainings, interkulturelles Lernen im Betrieb sowie

Qualifizierungskonzepte für den Gesundheits- und Pflegesektor und kaufmännische Berufe. Besonders hervorzuheben ist die Bedeutung der interkulturellen Kommunikation als berufliche Handlungskompetenz.

Der Verein „ARiC – Antirassistisch-interkulturelles Informationszentrum e. V.“ organisiert und fördert seit 2002 die jährlich in Berlin im Herbst stattfindenden „Tage des interkulturellen Dialogs“. In einem breiten, von ARiC e. V. inspirierten Netzwerk haben rund 40 Organisationen, darunter Quartiersmanagements, Selbstorganisationen von Migranten und Migrantinnen, soziale Einrichtungen, Bezirksämter und Berliner Museen zu Dialog-Tischen eingeladen, die dezentral in fast allen Berliner Stadtteilen stattfinden und an denen sich 2006 rund 900 Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben. Themen sind z. B. „Schule in der Einwanderungsgesellschaft“, „interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde“ oder „Lebensräume gemeinsam gestalten – Umweltschutz und Interkulturalität“.

Das Netzwerk „ONE – An Orchestra Network for Europe“ zielt auf den europäischen Austausch von Musikern, die Vergabe von Kompositionsaufträgen, die Durchführung von Workshops für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, Kooperations-Konzertprojekte der beteiligten Orchester sowie den Austausch von Kammermusikensembles. Das Netzwerk fördert den europäischen Gedanken insbesondere mit Blick auf die junge Generation. An diesem Netzwerk sind Orchester aus sieben europäischen Ländern beteiligt. Das Orchestre Picardie aus Amiens (Frankreich) fungiert als Projektleiter. Ko-Organisator ist die Jenaer Philharmonie (Deutschland).

Das im Jahre 2001 in Frankfurt gegründete „Roma- und Sinti Streichorchester“ mit Musikern der Minderheiten und jeweils verschiedenen Gastmusikern wird vom Philharmonischen Verein der Sinti und Roma organisiert. Zweck des Vereins ist die Pflege des musikalischen Erbes der Sinti und Roma durch die Förderung des musikalischen Nachwuchses, die Bekanntmachung der Sinti- und Roma-Musik in der Öffentlichkeit, Gründung verschiedener Ensembles von Sinti- und Roma-Musikern u. a..

## **VI. Kommunikationsstrategie**

Mit der nationalen Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs im Februar 2008 in Berlin wird die Bundesregierung, flankiert durch umfassende Öffentlichkeitsarbeit, das Jahr publikumswirksam starten.

Alle ausgewählten Projekte werden daran anschließend eigene Öffentlichkeitsarbeit leisten, um möglichst viele Menschen zu erreichen. So wird eine kontinuierliche Berichterstattung während des gesamten Jahres gewährleistet.

Daneben wird eine enge Zusammenarbeit mit der für die europaweite Medienkampagne ausgewählten Agentur erfolgen. Hier kann aufgrund der Organisations- und Personenidentität auf die guten Kontakte im Rahmen der Umsetzung des Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle 2007 zurückgegriffen werden. Insoweit ist bis Ende 2007 geplant, Formate für deutschsprachige Fernseh- und Radiosender auszuarbeiten, die interessierten Journalistinnen und Journalisten für eine Berichterstattung über das Europäische Jahr zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Projektpartner werden angehalten, auf ihren Webseiten einen Link auf die Webseite zum Jahr des interkulturellen Dialogs einzustellen. Die Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird ebenfalls auf die relevanten Webseiten verlinken. Daneben wird es wie beim Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle 2007 eine internetbasierte Plattform geben, die über alle Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 informieren und damit insbesondere der Vielzahl von Projekten eine Plattform geben wird, die nicht aus Mitteln dieses Jahres unterstützt werden können.

## **VII. Nachhaltigkeit**

Alle Aktionen werden der Nachhaltigkeit Rechnung tragen und dafür sorgen, dass die im Jahr 2008 erreichten Ergebnisse einen wichtigen Beitrag für einen erfolgreichen interkulturellen Dialog in der Zukunft leisten werden.

Dazu trägt insbesondere bei, dass bestehende Strukturen genutzt werden und somit die initiierten Maßnahmen und Ideen über dieses Jahr hinaus weiterverfolgt werden können. Alle Projekte knüpfen an bereits bestehende und erfolgreiche Organisationsformen an. Die Förderung bietet die Möglichkeit, die Arbeit zu intensivieren und neue Impulse für die Zukunft zu setzen.

Die Projekte dienen dem Neugierigmachen auf den Anderen und auf Unbekanntes insgesamt und legen damit einen Grundstein für das weitere Zusammenleben.

Materialien, die entwickelt werden, können über Jahre u. a. in der interkulturellen und vorurteilsbewussten dialogorientierten Erziehung sowie in der medienpädagogischen Arbeit genutzt werden.

### **VIII. Überwachung und Berichtspflichten**

Die nationale Koordinierungsstelle im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird in engem Kontakt zu den ausgewählten Projektpartnern stehen und sie vor und während der Durchführung der Aktionen unterstützen. Auf den Veranstaltungen wird jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der Stelle vor Ort anwesend sein. Von den jeweiligen Partnern und Partnerinnen werden Abschlussberichte gefertigt, die als Grundlage für den Bericht über die Durchführung des Jahres dienen.

Von den einzelnen Projektpartnern werden auf der Grundlage des deutschen Haushaltsrechts Verwendungsnachweise für die durchgeführten Aktionen angefordert, da geplant ist, die Gelder über Zuwendungsbescheide an die Projektträger auszureichen. Der genannte Verwendungsnachweis muss die zweckentsprechende Verwendung der Mittel nachweisen. Hierfür sind auch die entsprechenden Belege und Unterlagen einzureichen. Die Prüfung erfolgt im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

## **Der EU-Kommission zur Förderung vorgeschlagene und sonstige in diesem Kontext relevante Projekte**

### I. Zur Förderung vorgeschlagene Projekte

Der **Deutsche Volkshochschulverband International** (dvv international) koordiniert 2008 **Aktionstage** mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und methodisch bzw. didaktischen Arbeitsweisen, die einzelne von insgesamt ca. 1000 in Deutschland existierenden Volkshochschulen im gesamten Bundesgebiet durchführen werden. Ziel ist es, mit den Aktionstagen und Workshops möglichst viele (jüngere) Bürgerinnen und Bürger sowie Multiplikatoren auf vielfältige Weise mit einem Programm aus interkultureller Information, Begegnung, Planspiel, Diskussion und Erfahrungsaustausch zu dem Thema interkulturelles Lernen und interkultureller Dialog zu befassen. Vor allem sollen die Interessen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in den Mittelpunkt gestellt und für diese Zielgruppe passgenaue Veranstaltungen angeboten werden. Diese Veranstaltungen werden mit der Zentralstelle für das Programm Politische Jugendbildung im DVV, gefördert durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes, abgestimmt und vernetzt.

Das **Land Brandenburg** vertreten durch die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie), das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner sowie die Universität Potsdam veranstaltet das Projekt **„Interkulturalität als Motor für Bildung und Wissenschaft – Bildung und Wissenschaft als Motor für Interkulturalität“**. Es werden verschiedenste Projekte zu 9 unterschiedlichen „Laborfeldern“ (Themenfeldern) des interkulturellen Dialogs stattfinden, die von Studierenden, WissenschaftlerInnen, Schulen, gesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft bearbeitet werden. Höhepunkt ist ein einwöchiges Festival „Zukunftslabor“ mit Workshops, Podiumsdiskussionen, Film Open Air etc., auf dem sich die verschiedenen Akteure mit ihren jeweiligen europäischen Partnern vorstellen. Die Programmteile richten sich an Kinder, Schüler, Jugendliche, Studierende, Wissenschaftler und alle interessierten Bürger.

Der **Sächsische Kinder- und Jugendfilmdienst** leistet ganzjährige kontinuierliche Filmarbeit mit Jugendlichen. Medienpädagogisch ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins bieten z. B. in Kindergärten und Schulklassen nach dem Ansehen

eines ausländischen Films verschiedenste Nachbereitungsmodelle an, die die Aufarbeitung des Filminhalts erleichtern und schwierige Inhalte verstehen helfen. Außerdem zeigt der Verein im Rahmen der **Europäischen Filmwochen**, die in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durchgeführt werden, ausländische anspruchsvolle Filme. Nach dem Zeigen eines Films besteht die Möglichkeit der Diskussion mit Filmemachern und Schauspielern der gezeigten Filme. Im Gespräch mit den (gleichaltrigen) Schauspielern und Regisseuren findet eine aktive Auseinandersetzung mit dem Gesehenen statt. Der Sächsische Kinder- und JugendfilmDienst wird dazu Filme synchronisieren und mit Untertiteln versehen, um diese Filme im Rahmen seiner Arbeit zeigen zu können.

Das Projekt „**Heimathafen Berlin**“ führt die **Bürgerstiftung Berlin** in Zusammenarbeit mit der Agentur emcra durch. Die Bürgerstiftung Berlin arbeitet mit ca. 250 Ehrenamtlichen in der Kinder- und Jugendarbeit; Ziel ist, die Integrationsfähigkeit insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund sowie aus sozial benachteiligten Gruppen zu fördern. In einem eineinhalbtägigen Open Space Forum setzen sich 100 Berliner Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft und religiöser Prägung mit dem Thema „Interkultureller Dialog“ auseinander. Die 13-16jährigen, deren Schulalltag geprägt ist vom Ringen um gemeinsame Werte und wenig Respekt vor dem „Fremden“ und „Anderen“, diskutieren selbständig und eigenverantwortlich und werden aufgefordert gemeinsame Projektideen zu entwickeln. Das Open-Space-Forum bildet dabei den Auftakt für nachfolgende Schülerprojekte; die Bürgerstiftung Berlin unterstützt die Schülerinnen und Schüler im weiteren Verlauf bei der Umsetzung ihrer Projekte.

Die **Stadt Münster** wird das Projekt „**Interkultureller Dialog über Grenzen hinweg**“ durchführen. Seit Jahren besteht eine engagierte und innovative Zusammenarbeit zwischen Münster und der Region Twente in den Niederlanden. Das zu fördernde Projekt beinhaltet parallel stattfindende Dialoge in Münster und Twente sowie eine binationale interkulturelle Dialogveranstaltung für alle Bevölkerungsteile. Außerdem wird ein multimedialer Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler mit Prämierung und anschließender Wanderausstellung durchgeführt.

Das **Zentrum für Europäische Bildung** wird einen **EU Dialogue Award** durchführen. Der Wettbewerb wird das Internet als Plattform für den Dialog zwischen Schulen in Europa nutzen und dazu anregen, in trilateralen gemeinsamen Projekten zum Thema „Interkultureller Dialog“ zu arbeiten. Die Aufgabe besteht darin, eine Webseite zu entwickeln, die sich mit einem oder mehreren Aspekten des Themas auseinandersetzt. Die Webseite muss das Resultat der sichtbaren Zusammenarbeit einer Projektgruppe sein, die

sich aus drei Arbeitsgruppen unterschiedlicher Schulen in drei europäischen Ländern zusammensetzt. Die eingereichten Projekte werden von einer internationalen Jury von Experten bewertet und prämiert. Über den Verein Schulen ans Netz, den Pädagogischen Austauschdienst sowie die Kultusministerien der Bundesländer wird die Teilnahmewerbung erfolgen. Gerade Schulen, die Comenius-Projekte planen oder Erfahrungen aus solchen mitbringen, verfügen bereits über Schulpartnerschaften und können diese fortsetzen und vertiefen.

Die **Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland** in Zusammenarbeit mit dem European Council of Jewish Communities wird ein Seminar in Berlin abhalten, um die muslimisch-jüdische Koexistenz zu fördern. Teilnehmer werden bis zu 35 muslimische und jüdische Studierende und junge Arbeitnehmer aus ganz Europa sein, die über kulturelle Aspekte diskutieren sollen. Dieses Seminar ist Teil von drei Seminaren, die im Laufe des Jahres 2008 an verschiedenen Orten, u. a. auch in Istanbul, stattfinden werden.

Der **Interkulturelle Rat** in Deutschland wird bundesweit 20 Dialogveranstaltungen „**Schulische und außerschulische Dialog- und Bildungsarbeit mit multireligiösen (abrahamischen) Teams**“ durchführen. Die Teams setzen sich aus jeweils einer bzw. einem Angehörigen der christlichen, jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften zusammen und diskutieren und informieren über die Grundzüge ihrer Religion. Aus religiöser Perspektive werden unterschiedlichste gesellschaftspolitische Fragestellungen – z. B. Rolle der Frau, Bedeutung der Religion in einer säkularen Gesellschaft, Friedensbegriff – erörtert.

Die genannten Träger werden ermutigt, im Rahmen ihrer Projekte die Bedeutung des interkulturellen Dialogs für die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union, vor allem mit den Entwicklungsländern, zu thematisieren.

## II. sonstige Projekte

Darüberhinaus werden die bereits bestehenden Strukturen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das für dieses Jahr innerhalb der Bundesregierung zuständig ist, genutzt werden, um die Botschaften des Jahres in die Breite zu tragen: So sollen über die Infrastruktur der inzwischen mehr als 430 bestehenden Lokalen Bündnissen für Familie zum einen stärker Eltern mit Migrationshintergrund aber auch Bündnisakteure und –interessierte angesprochen werden, um weitere Projekte zur



Förderung des interkulturellen Dialogs oder der Sprachkompetenz sowie weitere Informations- und Beratungsangebote anzuregen.

Ziel der Initiative Lokale Bündnisse für Familie ist es, durch einen Zusammenschluss unterschiedlicher Partner aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien vor Ort durch konkrete Projekte zu verbessern und vor allem Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Auch das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser kann hier an 500 Standorten einen wichtigen Beitrag leisten. Denn dort begegnen sich Menschen verschiedener Nationalitäten, nehmen Angebote z. B. zur Sprachförderung wahr und werden zu gemeinsamen Aktivitäten in Sinne des interkulturellen Dialogs motiviert.

Ergänzend ergeben sich zahlreiche Verknüpfungen mit verschiedenen Programmen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

So wird im Rahmen des Programms „Vielfalt tut gut – Jugendliche für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ eine bundeszentrale Tagung mit dem Schwerpunkt interkultureller Dialog im Herbst 2008 stattfinden. Mit dem Programm sollen insbesondere junge Menschen, rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche, Migrantinnen und Migranten sowie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher und Lehrerinnen und Lehrer angesprochen werden. Schwerpunkte des Bundesprogramms sind u. a. die Entwicklung integrierter lokaler Strategien mittels lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung sowie die Entwicklung und Umsetzung themenbezogener modellhafter Maßnahmen.

Das dreijährige Modell „Lernhaus der Frauen“ ist ausgerichtet auf eine modulare Qualifizierung zur Kulturmittlerin, um zwischen Gruppen und Personen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Prägungen vermittelnd und übersetzend tätig zu werden. Die gemeinsame Alltagskompetenz und die Unterschiedlichkeit von Religionen, Kulturen und Lebensentwürfen von Frauen sind biografische Bezugspunkte eines gemeinsamen Lernprozesses. Mit der Fachkonferenz am 27. Mai 2008 in Frankfurt wird der gesellschaftliche Bezugsrahmen für den Einsatz entsprechender Qualifikationen sowohl im beruflichen als auch im zivil-gesellschaftlichen Bereich vorgestellt und zu den zentralen Ergebnissen des Modells in Beziehung gesetzt. Der modellhaft erprobte Ansatz soll bundesweit transferiert und dabei die zentrale Bedeutung von Frauen im Integrationsprozess thematisiert werden.

Ein weiterer Bezug besteht zu dem Projekt „Kulturelle Vielfalt als Impuls für Entwicklung und Wachstum – Wertschöpfung durch Wertschätzung“, das auf einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der beruflichen Integration junger Frauen mit Migrationshintergrund abzielt.

Im Rahmen des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 sollen Ansatz, Verlauf und Ergebnisse des exemplarischen Prozesses vorgestellt werden.

Auch im Rahmen der Jahresplanung 2008 für die Veranstaltungen, die aus dem EU-Programm Jugend in Aktion gefördert werden, wird das Thema „Interkultureller Dialog“ einen besonderen Schwerpunkt einnehmen. Das wird dazu führen, dass u. a. vermehrt Veranstaltungen, Projekte und internationale Maßnahmen von, für und mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund durchgeführt werden und dass z. B. vermehrt junge Menschen mit Migrationshintergrund an einem Europäischen Freiwilligendienst teilnehmen können. Jugendinitiativen von so genannten Benachteiligten werden bevorzugt gefördert. Mit einem neuen Modellprojekt zur Umsetzung des Europäischen Jugendpakts für Aupairs, die nach Deutschland kommen, sollen bis zu 10.000 Au pairs ab 2008 mit einem besonderen Lernangebot zum „Interkulturellen Lernen“ begleitet werden.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) wird die Förderung von Projekten zur interkulturellen Bildung im Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs fortführen. Mit dem Projekt „Kunst-Code“ werden in Jugendkunstschulen künstlerische Arbeitsweisen mit Kindern und Jugendlichen zum Erwerb interkultureller Kompetenz beispielhaft erprobt. Von der Universität Siegen wird in Grundschulklassen interkulturelles Lernen mittels computergestützter Projektarbeit im Rahmen des Projekts „come-In“ erprobt und wissenschaftlich begleitet. Im November 2007 wird das BMBF in Vorbereitung auf das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft und weiteren Kulturverbänden eine Fachtagung zur interkulturellen Bildung aus der Perspektive der Jugendlichen durchführen. Neben den speziell auf die interkulturelle Arbeit orientierten Maßnahmen werden in weiteren Vorhaben zur kulturellen Bildung interkulturelle Aspekte verankert.